

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Annelie Buntenbach, Cem Özdemir
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

— Drucksache 13/6198 —

Auftragsvergabe an das Reiseunternehmen „Olympia“

Nach einem Bericht des „Stern“ 24/96 führt das Reiseunternehmen „Olympia“ seit 1989 im Auftrag des Bundesministeriums des Innern die Einreise von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, bzw. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern durch. Dafür sollen jährlich Bundesmittel in Höhe von 63 und 131 Mio. DM an die Firma gezahlt worden sein. Nach dem o. g. Artikel haben die Besitzer der Firma „exzellente Kontakte zur Bonner Politik“, insbesondere zu dem zuständigen Aussiedlerbeauftragten und Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt, aus dessen Wahlkreis sie stammen.

Von den Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sollen zudem für eine zügige Abwicklung der Reise Schmiergelder verlangt worden sein. Aufgrund von Schlußfolgerungen des Verfassers waren daran auch Mitarbeiter der Firma beteiligt.

In ihrer Antwort vom 2. Juli 1996 teilte die Bundesregierung auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Rolf Niese (Drucksache 13/5272) mit, daß erst am 19. Juli 1994 die Gesamtkoordination der Einreise von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern ausgeschrieben wurde. Den Vorwurf der Schmiergeldzahlungen konnte sie nicht bestätigen. Demnach finden ständige Kontrollen durch das Bundesverwaltungamt statt (a. a. O. S. 11).

1. In welcher Höhe wurden jeweils in den Jahren 1989 bis 1995 Aufträge an „Olympia“ vergeben?
2. Welche einzelnen Leistungen hat das Reiseunternehmen „Olympia“ im Rahmen der Einreise von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern jeweils in den Jahren 1989 bis 1995 erbracht, und für wie viele Personen wurde jeweils jährlich die Einreise organisiert?

In den Jahren 1989 bis 1995 wurden für die Rückführung von Aussiedlern/Späteraussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion

folgende Beträge für die jeweils genannte Zahl von beförderten Personen an die Firma Olympia-Reisen gezahlt:

Jahr	Betrag	beförderte Aussiedler
1989:	62 755 551,40 DM	94 289
1990:	105 863 946,70 DM*)	129 374
1991:	100 667 169,90 DM*)	126 982
1992:	130 480 277,62 DM*)	182 516
1993:	73 599 464,73 DM	140 289
1994:	69 798 030,07 DM	146 764
1995:	95 971 484,96 DM	162 458

*) Höhere Aufwendungen vor allem wegen verbindlicher IATA-Preise für Linienflüge, längerer Aufenthaltsdauer in Moskau, kostenfreier Übergepäckbeförderung.

Für den sich daraus ergebenden Durchschnittsbetrag von rd. 650 DM pro Aussiedler/Spätaussiedler hat die Firma Olympia-Reisen folgende Leistungen erbracht:

- Flugkosten und Koordination der Ausreise der Aussiedler/Spätaussiedler aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion
- Übernachtung in Moskau im Wohnheim „Modus Vivendi“
- Bustransfer vom Wohnheim „Modus Vivendi“ zum Flughafen (bis 1994)
- Übernahme der Kosten für Transfer von Übergepäck (bis 1993)
- Verpflegung im Wohnheim „Modus Vivendi“ (in 1992 und 1993)
- Organisation von Übernachtungsmöglichkeiten bei Bedarf (ab 1995)
- Besorgungsleistungen für Visa und Freiflugscheine für Aussiedelnde aus Kasachstan (ab November 1995)

3. Auf welcher Grundlage wurden jeweils in den Jahren 1989 bis 1994 die Aufträge an „Olympia“ vergeben, und wer ist für die Auftragsvergabe verantwortlich?

Der Firma Olympia-Reisen wurde Anfang November 1988 nach Abschluß von Verhandlungen der Auftrag zur Durchführung der Ausreise der Aussiedler aus der Sowjetunion im Wege einer freihändigen Vergabe nach § 3 Nr. 2 i. V. m. § 3 Nr. 4 VOL/A erteilt. Die freihändige Vergabe war wegen des unvorhersehbaren starken Anstiegs der Aussiedlerzahlen und der damit verbundenen unzumutbaren Verhältnisse für Aussiedler in Moskau erforderlich und gerechtfertigt.

Die Vergabeentscheidung ist von den zuständigen Stellen des Bundesministeriums des Innern getroffen worden. Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt, hat – entgegen dem in der Vorbemerkung der Anfrage vermittelten Eindruck – an der Entscheidung nicht mitgewirkt.

Im übrigen ist – anders als in dem in der Vorbemerkung der Anfrage genannten Bericht des „Stern“ wiedergegeben – dem Bundesministerium des Innern weder schriftlich noch mündlich ein Angebot eines anderen Reiseunternehmens unterbreitet worden.

4. Weshalb wurde erst 1994 die Einreise der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ausgeschrieben?

Auch nach dem Zerfall der Sowjetunion beschränkte sich der Flugverkehr zwischen Moskau und der Bundesrepublik Deutschland zunächst auf die Fluggesellschaften Lufthansa und Aeroflot. Erst ab Ende 1993 konnten sich, zum Teil aus dem Bestand der alten Aeroflot, neue Fluggesellschaften bilden, so daß erst danach ein Markt mit Konkurrenzangeboten zu entstehen begann.

Daher war erst ab 1994 eine öffentliche Ausschreibung erfolgversprechend.

5. Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die Firma „Olympia“ wegen der vorherigen Auftragsvergabe durch die Bundesregierung in den Jahren 1989 bis 1994 Konkurrenzvorteile erwerben konnte, die dazu führten, daß sie 1994 das billigste und wirtschaftlichste Angebot abgeben konnte?

Die Verdingungsordnung für Leistungen sieht nicht vor, Bewerber mit besonderen, für den Auftrag einschlägigen Erfahrungen von der Teilnahme an einer Ausschreibung auszuschließen. Entscheidend ist, das für den Bund wirtschaftlichste Angebot zu ermitteln. Das Ausschreibungsverfahren im Jahre 1994 ist vom Bundesrechnungshof geprüft und nicht beanstandet worden.

6. Welche Verbindungen pflegt der Aussiedlerbeauftragte Dr. Horst Waffenschmidt zu den Besitzern des Reiseunternehmens „Olympia“, und welche Reisen unternahm er auf Einladung der Firma oder deren Besitzer?

Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt kennt das Reiseunternehmen, weil es seit vielen Jahren Reisen nach Rußland durchführt. Dr. Horst Waffenschmidt hat keine Reise auf Einladung der Firma Olympia-Reisen oder deren Besitzer unternommen.

7. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Jochen Borchert, auf der Oropoko-Lodge der Besitzer der „Olympia“ in Namibia zu Besuch war (vgl. Stern 24/96)?

Die Bundesregierung kann bestätigen, daß der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Jochen Borchert, anlässlich eines offiziellen Besuches von Namibia im Juli 1995 die Oropoko-Lodge, eines der größten privaten deutschen Investitionsobjekte in Namibia, besichtigt hat.

Ziel des Besuches war insbesondere die Vorbereitung eines Treffens einer hochrangigen deutschen Wirtschaftsdelegation mit Mitgliedern der namibischen Regierung auf der Oropoko-Lodge.

8. In welcher Weise kontrolliert das Bundesverwaltungsamt, ob Schmiergelder an Mitarbeiter der „Olympia“ gezahlt wurden, und lassen sich die im „Stern“ 24/96 erhobenen Vorwürfe ausschließen?

Falls sich die Vorwürfe nicht ausschließen lassen, welche Maßnahmen hinsichtlich einer Änderung des Verfahrens, die Schmiergeldzahlungen ausschließen würden, hat die Bundesregierung geprüft und ggf. umgesetzt?

Die Vertragserfüllung der Firma Olympia-Reisen wird durch das Bundesverwaltungsamt ständig kontrolliert. Das geschieht durch Überprüfungen in den Büros vor Ort und gezielte Befragungen von Ausreisewilligen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen werden Spätaussiedler nach der Einreise befragt, wie sie ihre Einreise organisiert haben und ob sie für Freiflugtickets oder Besorgungen Geldleistungen erbringen mußten. Bisher konnte in keinem Fall festgestellt werden, daß ungerechtfertigte Zahlungen an Mitarbeiter der Firma Olympia-Reisen geleistet wurden.

Ferner sind in den Deutschen Auslandsvertretungen und den Büros der Firma Olympia-Reisen Hinweistafeln angebracht, auf denen die Aussiedelnden aufgefordert werden, Unkorrektheiten sofort den Auslandsvertretungen anzuzeigen. Außerdem werden aussiedelnde Personen in den Räumen der Auslandsvertretungen beraten und über die kostenfreie Ausgabe von Freiflugscheinen unterrichtet. So können die Betroffenen ihren Freiflug buchen, ohne die Räume der Auslandsvertretungen zu verlassen.

9. Welche Alternativen zur Einreise der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler durch Flüge hat die Bundesregierung im Hinblick auf eine Verringerung der Kosten oder eine geringere Belastung der Umwelt geprüft?

Alternative Reisewege wurden bereits im Jahre 1990 durch das Bundesministerium des Innern und seit 1993 bis heute wiederholt durch das Bundesverwaltungsamt geprüft. Dabei wurden die Verkehrsmittel Bahn, Bus und Schiff sowie Kombinationen verschiedener Verkehrsmittel einbezogen.

Die Realisierung alternativer Reisewege scheiterte an den verschiedenen Unwägbarkeiten, Problemen und Risiken, die für die Menschen mit einer mehrtägigen Fahrt angesichts vieler mitreisender Kinder und alter Personen verbunden sind (insbesondere hinsichtlich Verpflegung, Betreuung, ärztlicher Versorgung, Formalitäten an den Grenzen, Gewährleistung der Sicherheit während der Fahrt).